

Liebe Mitbürger und Freunde der BI

Sie haben das Theaterstück in der Zeitung (MZ Lokalredaktion) mit verfolgen können. Eine Sitzungsvorlage wird zurückgehalten, bis die Ladungsfrist um einige Stunden überzogen ist. Die öffentliche Bekanntmachung erfolgt 5 Tage vor Stadtratstermin, statt der geforderten 7 Tage. Zwischendurch erfolgten zahlreiche Versuche den Antrag der Fraktion BfW nicht auf die Tagesordnung zu setzen. Zum Schluss lässt man es mit Hilfe der Presse (Andreas Richter) so aussehen, man ist ja angreifbar geworden. Die Schuld lässt sich so auf die Mitglieder der BI und die Fraktion Bürger für Weißenfels abschieben. Als ob die BI an der ganzen Angelegenheit etwas steuern könnte. In Wirklichkeit war dieser „Formfehler“ bewusst einkalkuliert und inszeniert. Der OBM und seine „Tönniesfreunde“ haben so Zeit gewonnen für eine Wühl – und Agitationsarbeit ohnegleichen. Von verschiedenen Seiten sind uns Aussagen bekannt über Stimmungsmache gegen die BI, gegen einzelne Mitglieder, ihre Familien mit inbegriffen. Dabei geht man an breiter Front vor, d. h. Beeinflussung von Stadträten, von Mitarbeitern aus der Verwaltung und abhängig Beschäftigten aus der Wirtschaft. Dabei gleichen sich die Ereignisse mit denen vor 5 – 6 Jahren. Zur letzten Montagsdemo haben wir schon Bezug auf die Stadtratssitzung vom 17. 10. 2007 zum Grundsatzbeschluss und Einleitung des Planfeststellungsverfahrens „Burgwerbener Straße / B91 – zusätzliche Nordrampen genommen und darüber berichtet. Auch zuvor bei der Stadtratssitzung vom 15. 03. 2006 gab es interessante Parallelen zur heutigen Zeit. Es war der Beginn einer unheilvollen Entwicklung für die Stadt Weißenfels. Schon damals hatten engagierte Bürger vor dem gewarnt, mit dem wir uns heute auseinandersetzen müssen (Rampenbindung, unsinnige Klärwerkserweiterung und Geldverschwendung für Bauprojekte ohne Nutzen für den Bürger). In der erwähnten Stadtratssitzung ging es um die weitere Entwicklung des Fleischwerkes (wurde von Herr Dirks vorgestellt) und den daraus entwickelten Flächennutzungsplan. „Herr Risch erklärte (Zitat aus SR Protokoll v. 15. 3. 2006) im Namen seiner Fraktion, dass eine verträgliche Nutzung nur in Abstimmung mit den Bürgern gemacht werden könne. Die Stadt müsse Aussagen darüber treffen, was dieses Gebiet (Bebauungsgebiet mit angrenzenden Wohngebieten) an Belastungen vertragen kann. Dazu sei ein Gutachten unabdingbar. Es soll erreicht werden, dass eine große Schutzzone zu den Wohngebieten entsteht. Die Vereinbarkeit müsse jetzt (2006!) geklärt werden und nicht erst in den nachfolgenden Planungen. Herr Risch stellte den Antrag zu dieser für die Betroffenen Bürger alles entscheidenden Weichenstellung namentlich abzustimmen. Diesem Antrag wurde, man beachte! , von der Tönnieslobby mit 5 Enthaltungen und einer Gegenstimme zugestimmt. Ergebnis der Abstimmung zum Flächennutzungsplan und zur freien Entfaltung von Tönnies: 5 dagegen (H. Arps, Otto Klein, Siegfried Hofmeister, Klaus Dieter Kunert, Robby Risch und Hans Joachim Stehlik), dazu 2 Enthaltungen (Reiner Pfannschmidt und Angela Sengewald): Alle übrigen von CDU, Linke, SPD und FDP dafür. Also ein Sieg der eingefleischten Tönnieslobbyisten und das trotz großer Proteste von Bürgern (meist Anliegern und BI Pro WSF). Wie reagierte Risch darauf. Mit einem offenen Brief seiner Fraktion BfW, aus dem ich gern zitieren möchte:

„Warum dieser offene Brief? Einerseits um nochmals nachdrücklich den mehrheitlichen Trugschluss des Stadtrates auszuräumen, sie hätten eine maßgebliche Entscheidung pro Schlachthof getroffen. Und andererseits als Reaktion auf den Beitrag eines unserer Ansicht befangenen Stadtrates, der in seiner Ausführung nicht nur seine offensichtliche Abhängigkeit vom Unternehmen darstellte, sondern auf primitivste und difamierendste Art und Weise über die betroffenen Bürger herzog. Und dies natürlich erst, als diese keine

Möglichkeit der Erwidern mehr hatten (Anmerkung, nach Ende der Fragestunde und Behandlung von TOP 5, Fleischwerk). Weiter zu Risch's Ausführungen: „Aber zu Ersterem: Die Entscheidung zum quasi Neubau an diesem Standort hat nicht der Stadtrat getroffen, sondern einzig und allein der Oberbürgermeister (Rauner). Warum offensichtlich niemals Alternativen gesucht wurden, ist angesichts allein der finanziellen Fakten unverständlich. Wenn das Unternehmen Tönnies Investitionen von 46,0 Mill € avisiert, wird davon nach bisheriger Förderpraxis ca. 23,0 Mill € der Steuerzahler leisten. Wenn man bedenkt, dass die Stadt mehrere Millionen € ausgeben muss (Erwerb der Grundstücke, Neuanbindung der B91 (Nordrampen), Erschließung usw. um überhaupt eine Produktion am Standort zu ermöglichen, gerät das Ganze zur Farce. So auch die Verlegung der Zufahrtrasse. Offiziell um eine kaum spürbare Entlastung der Burgwerbener zu erreichen, wahrscheinlich aber weil bei aller 2,5 Minuten eintreffenden LKW Stauerscheinungen befürchtet werden. Schließt man dann noch die stadtbildprägende Ansicht von Weißenfels in seine Überlegungen ein, fragt man sich nach dem Sinn von Stadtarchitektur (und der Daseinsberechtigung eines dafür angestellten Architekten)

Dann erfolgt eine Rückschau auf eigenartige Dinge, die da gelaufen sind. Klagen der Anwohner wurden nicht weitergereicht, eine Empfehlung des Landesverwaltungsamtes zum Bau (Fleischwerk) im Außenbereich wurde ignoriert. Dann die Feststellung, obwohl die Stadt im Baubereich Jahr für Jahr sechsstellige Defizite aufweist, wurde dieser Bereich (Infrastruktur für Tönnies schaffen) als freiwillige Aufgabe gegenüber dem Landkreis beibehalten. Es darf bezweifelt werden, ob sich der Landrat so eiskalt gegen die Stadt und seine Anwohner gestellt hätte (wie der damalige OBM Rauner).

Wie sich die Bilder gleichen, aus dem damals bürgerbewegten, kämpferischen, knüppelhart draufschlagenden Risch ist ein in Teilen noch weitaus schlimmerer „eiskalter“ Bürgerfeind bzw. Bürgerverächter geworden wie seinerzeit Rauner. Aus einem Tönniesgegner ein Tönniesfreund und schlimmer Strippenzieher. Im Stadtrat sitzen leider (fast) immer noch die gleichen Stadträte von Links bis Rechts zur CDU. Dazu die Umfaller und Interessen- bzw. Teilnahmslosen von SPD und FDP. Es gibt durch die Dörfer ein stärkeres Element sich fürs Allgemeinwohl einzusetzen. Gleichwohl wird es zur kommenden Stadtratssitzung nicht ausreichen um die fest geschweißte Tönniesfront aufzubrechen. Jeder dieser Stadträte sollte Bedenken, was er seinen Mitmenschen bereits an unermesslichem Leid zugefügt hat und es weiterhin antut, wenn er das Bürgerbegehren ignoriert. Lasst Euch nicht von den einigen wenigen Tönniesfreunden, die es für ihren eigenen Vorteil tun, beeinflussen. Wir Bürger schauen diesen Agitatoren von Risch, den Linken mit Freiwald, Brzyk, Klitzschmüller und anderen bekannten Lobbyisten aus den etablierten Parteien auf die Finger. Warum tun sie dies? Dann ist man schnell bei Abhängigkeitsverhältnissen und persönlichen Vorteilen angelangt.

Egal wie es ausgeht, wir werden die Befürworter der Geldverschwendung Nordrampen und anderer Wahnsinnsprojekte an den Pranger stellen, spätestens zur Kommunalwahl 2014 muss diese Klicke aus dem Stadtrat verschwinden.

Ihr Vorstand der BI für sozial gerechte Abwasserabgaben